



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/286 - 17.12.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

Die innere Unsicherheit der Koalition	S. 1
Japan im Übergang	S. 3
Die Wahrheit und der Kanzler	S. 5
Partei Gründungsfieber in Niedersachsen	S. 7

## Keine Brücke

sp - Die Frage, die sich nach der großen außenpolitischen Debatte im Bundestag nun stellt, ist die, ob im Hinblick auf die Aussichten der Pariser Verträge eine neue Situation entstanden ist. Parlamentarisch gesehen ist das nur insofern der Fall, als die Koalitionspartner der CDU bisher das Saarabkommen ablehnen bzw. sich ihre Entscheidung für später vorbehalten haben. Da aber die Annahme des Saaretates die französische Vorbedingung für die Zustimmung zu dem gesamten Vertragswerk ist, Paris aber die vom Kanzler angekündigten neuen Verhandlungen in dieser Frage ablehnt, wäre ein Scheitern des Vertragswerkes von dieser Seite her durchaus denkbar. Es ist bezeichnend, dass am zweiten Tage der außenpolitischen Debatte im Bundestag der Verteidigungsausschuss der französischen Nationalversammlung sich mit großer Mehrheit gegen die Verträge gewandt hat.

Aber es geht ja um mehr als die Lösung einer parlamentarischen Rechenaufgabe. Es geht um die Eingliederung eines Teiles Deutschlands in die militärische Allianz des Westens, um die Wiederbewaffnung dieses Teiles Deutschlands, von der die Sowjetunion in aller Form erklärt hat, dieser Tatbestand würde ein Gespräch über die deutsche Wiedervereinigung gegenstandslos machen. Es handelt sich also um eine Frage von schicksalhafter Bedeutung für das ganze deutsche Volk. Der Ernst der auf uns zukommenden Entscheidung wurde in der Zeit der Auseinandersetzung um die EVG von weiten Teilen der Bevölkerung nicht in dem Maße erkannt, in dem das heute der Fall ist.

Dafür sind auch die Ergebnisse in den seit dem 6. September vorigen Jahres stattgefundenen Länderwahlen ein klarer Beweis, so sehr, dass auch die Regierung ihn nicht übersehen kann. Das wurde in der Debatte am Mittwoch und Donnerstag vor aller Welt in der inneren Unsicherheit von Kanzler und Regierungsparteien sichtbar. Nach übereinstimmenden Urteil aller politischen Beobachter hat es in den ganzen letzten Jahren keine parlamentarische Situation gegeben, in der sich der Bundeskanzler so in die Ecke manöviert sah, wie in den Abendstunden des 16. Dezember.

Ausfluss dieser Unsicherheit, dieses Gefühls, auf schwankendem Boden zu stehen, ist auch das immer deutlichere Bestreben, bei der Opposition Rückendeckung für die eigene Politik und ihre Folgen zu erhalten, die sich immer drohender abzeichnen. Weder der Kanzler noch irgendein Sprecher der Regierungskoalition konnten einen konkreten Hinweis darauf geben - der Abgeordnete Kiesinger gab das sogar ausdrücklich zu - wie man sich im einzelnen bei der Anwendung <sup>des</sup> Rüstungsrezeptes die Verwirklichung der deutschen Einheit in absehbarer Zeit und auf friedliche Weise vorstellen könnte. Alles, was man in dieser Hinsicht zu bieten hatte, war der Jahre alte Gemeinplatz von der angeblich größeren sowjetischen Bereitschaft, Entgegenkommen zu zeigen und womöglich Mitteleuropa zu räumen, wenn der Revolver auf dem Verhandlungstisch liegt.

Dieser Mangel an konkreten Vorschlägen wurde ersetzt durch wortreiche verschwommene geschichtliche Betrachtungen über Panlawismus, Kommunismus und bolschewistische Weltverschwörung. Das alles hatte nichts oder nur sehr wenig mit sachlicher politischer Argumentation zu tun, sollte wohl auch nur dazu dienen, den bitteren Tatbestand der Gegenwart zu vernebeln. Oft klangen auch Töne an, die uns an noch nicht allzu ferne Zeiten erinnern, in ihrer Missionsgläubigkeit und Kreuzzugsmystik.

Die Mehrheit des Bundestages hat den sozialdemokratischen Antrag, die Beratung der Verträge einstweilen auszusetzen, abgelehnt. Der Kanzler versuchte den ganzen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition in dieser uns alle bewegenden Frage auf die Alternative: Unterzeichnung vor oder nach der Ratifizierung, zu reduzieren. So wichtig diese Frage auch nach sozialdemokratischer Auffassung ist, so trifft sie doch den Kern der Dinge nicht. Bestimmend müsste für eine erfol-

17.12.1954

reiche Politik der Wiedervereinigung eine Übereinstimmung der Westmächte und der Bundesregierung in der Frage sein, wie man praktisch ein brauchbares Verhandlungsprogramm entwerfen und ins Gespräch mit den Sowjets bringen kann. In dieser Hinsicht ist nichts geschehen, und das wird auch in den westlichen Demokratien offen zugegeben. Am eindeutigsten geschah das zuletzt durch den führenden amerikanischen Publizisten Walter Lippmann. Von einer solchen gemeinsamen praktischen Vorstellung findet sich auch kein Wort in den Pariser Verträgen.

Wenn also der Bundeskanzler immer wieder auf die Versicherungen verantwortlicher Politiker des Westens hingewiesen hat, sie würden sich nach der Ratifizierung mit allen Kräften für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzen, so haben solche Beteuerungen, wie alle politischen Deklamationen, nur in dem Maße Wert und Glaubwürdigkeit, als sie von einer praktischen Politik begleitet und untermauert werden, die dem verkündeten Ziel entspricht. Daran aber hat es nicht nur im Osten, sondern auch schon vor der Berliner Konferenz im Westen gefehlt. Gewiss werden Verhandlungen auch nach der Ratifizierung möglich sein. Sie werden dann aber nicht mehr, und das ist die große begründete Furcht der deutschen Sozialdemokratie, der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands gelten, sondern einer allgemein internationalen Entspannung auf Kosten eben der deutschen Einheit.

In einem Punkt waren sich Regierung und Opposition freilich in Bundestag einig: Keine Ko-Existenz am Eisernen Vorhang. Aber was besagt das praktisch, wenn der Unterschied der Auffassungen in einem anderen Punkt so entscheidend bleibt, dass es keine Brücke dazwischen gibt: die Überwindung des Eisernen Vorhangs wünscht die Regierung durch das Druckmittel deutscher Divisionen, die Opposition durch Verhandlungen mit der Sowjetunion auf der Grundlage einer gemeinsamen Planung des Westens, die solchen Druck wegen seines unübersehbaren Risikos ausschaltet.

\*

\*

\*

Das Interim nach Yoshidas Sturz

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Eigentlich musste es überraschen, dass der hartnäckige Yoshida schliesslich so schnell demissionierte, als <sup>er</sup> erfahren musste, dass auch in seinem Kabinett kein Wille mehr vorhanden war, die Forderung einer recht buntscheckigen Opposition, deren Kristallisationspunkt die neue Partei Gründung Hatoyamas war, auf Rücktritt der Regierung abzulehnen und dem widerborstigen Parlament das Auflösungsdekret auf den Tisch zu werfen. Inzwischen ist - im harten Zusammenprall des linientreuen liberalen Lagers mit den liberalen Abtrünnigen, die die Demokratische Partei gründeten - manches bekannt geworden, was gegen den alten und hartnäckigen Mann Yoshida spricht, der der Parteigründer Hatoyama in kaum kollegial zu nennender Berechnung über die Jahre seiner politischen Verfehlung hinaus kaltgestellt hatte.

Trotz aller Kommuniqués war Yoshidas Reise in die USA ein rechter Fehlschlag gewesen. Ganze hunderte Millionen Dollars anstelle der geforderten ersten Rate von 400 brachte er nach Tokio zurück. Das von ihm in Washington vorgelegte Sanierungsprogramm für Japans Wirtschaft sah vier Dollarmilliarden vor. Das ganze neue Aisenprogramm der USA sieht aber nicht einmal eine so hohe Endsumme vor. So kam Yoshida praktisch mit leeren Händen zurück. Es wäre der Fehlschluss eines mindestens erfahrenen alten Politikers, wenn er angenommen hätte, dass es so etwas wie Dank auch in der grossen Politik gibt. Die japanische Wirtschaft aber kann nicht mehr länger warten. Zwar verfügt auch Hatoyama nicht über den Patentschlüssel, der ihre Schwierigkeiten auf einen Schlag lösen könnte. Doch gerät dadurch die innenpolitische Entwicklung Japans wenigstens in schnelleres Tempo, und der Interimscharakter des Kabinetts Hatoyama enthebt es der Sorge, grundsätzliche Lösungen zu finden und ihren Erfolg abzuwarten.

Das neue Kabinett hat nicht weniger als zehn Mitglieder, die den Säuberungsvorschriften der amerikanischen Besatzungsmacht von 1945 unterstanden. Das gilt vor allem für den Chef des früheren "Grossasien"-Ministeriums Shigemitsu, dessen 7-Jahresstrafe als Kriegsverbrecher nur durch die Amputation eines Beines abgebrochen wurde. Jetzt ist er wieder Aussenminister. Ihm kommt insofern eine besondere Rolle zu, als der neue aussenpolitische Kurs Tokios - entgegen allen Versicherungen, dass

er derselbe bliebe - mindestens eine Normalisierung, also diplomatische Beziehungen zum kommunistischen Block betreiben wird. Das wird dann auch die einzige Aufgabe sein, die das Interimskabinett bis zu den Wahlen im frühen Frühjahr auf sich nehmen kann. Zweifellos wird das neue Kabinett<sup>mi</sup> seinen Bemühungen, mit dem Ostblock wenigstens in diplomatische und geschäftliche Tuchfühlung wieder zu kommen, mehr Entgegenkommen finden als der völlig auf der amerikanischen Linie stehende und letzten Endes doch von ihr enttäuschte Yoshida.

Damit ist nicht das Geringste gesagt, dass Hatoyama und seine Mannen etwa feste Bindungen zum Osten eingehen würden. Schon ihre politische Vergangenheit macht sie über solchen Verdacht erhaben. Ausserdem versprechen sie sich selbst nicht sehr grosse wirtschaftliche Erleichterungen von Handelsverträgen mit dem Osten und keinesfalls eine Lösung der Schlüsselprobleme, die Japans Rohstoffarmut, seine überalterte Industrie und ihre hohen Produktionskosten, seine unentwegt ansteigende Überbevölkerung und der notorische Mangel an wirklich aufnahme- und auch zahlungsfähigen Auslandsmärkten nun einmal stellen.

Gewählt wurde die neue Regierung mit den demokratischen und sozialdemokratischen Stimmen. Dabei legten die Sozialdemokraten Wert auf die Versicherung Hatoyamas, sich mit der Rolle des Übergangskabinetts zufrieden zu geben und nicht auf dem Posten des Ministerchefs kleben zu bleiben wie Yoshida. Ob die sozialdemokratische Unterstützung über die im Frühjahr stattfindenden Wahlen hinaus gewährt wird, hängt von ihrem Ausgang ab. Auch für Hatoyamas neue Partei ist dieser wichtig, denn sie stellt sich zum ersten Male dem Urteil der Wähler. Auch Yoshida mag seinen Rücktritt nicht als endgültiges Verschwinden von der politischen Bühne auffassen. Indes sind die Auflösungserscheinungen seiner Partei ebenso ein schlechtes Omen für seine Zukunft wie sein verloren gegangener persönlicher Kredit. Erst dann kann sich zeigen, ob die neue Aera, die sich mit dem Rücktritt Yoshidas abzeichnete, eine Positionsänderung für Japan in der Aussenpolitik bringen wird. Die beabsichtigte Anbahnung normaler Beziehungen zum Ostblock sagt darüber noch zu wenig, da sie nur darum als Überraschung erscheint, weil das Denken in den Begriffen des Kalten Krieges und der Blockbildungen in beiden Sphären der Welt schon zu einer sehr schlechten Gewohnheit geworden ist.

Adenauer und die Wahrheit

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Unter vier Augen gestehen es auch CDU-Bundestagsabgeordnete zu, dass ihr Chef ein sehr kühles Verhältnis zur Wahrheit hat. In der dramatischen Debatte von Freitag stieg er trotzdem auf's hohe Roß und tat so, als gebrauche er die Sprache, um die ganze Wahrheit und nicht als die Wahrheit zu sprechen. Wenn er wenige Minuten später, geschlagen und wie nie zuvor gebrochen vom Rednerpult schlich, so deshalb, weil er der Unwahrhaftigkeit in einem Punkte überführt wurde, der in der Vertragsdebatte von kapitaler politischer Bedeutung ist.

Hat der Kanzler im Oktober in Paris das Saarabkommen freiwillig als eines unter den anderen unterschrieben, oder sah er sich durch ein Ultimatum von Mendès-France gezwungen, dieses Saarabkommen zu unterzeichnen, um die französische Erlaubnis zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu erhalten? Das war der Sinn meiner Zwischenfrage. Adenauer leugnete, dass ihm Mendès-France ein Ultimatum stellte. In weiteren Zwischenfragen half Carlo Schmid seinem Gedächtnis nach; Adenauer wurde blass und blässer, stotterte und fiel in einer Weise in sich zusammen, dass es einen dauerte, dass Carlo Schmid nur noch leise und rücksichtsvoll seine Fragen zu stellen wagte.

In der Zwischenzeit hatte ich mir die französische Zeitung "Le Monde" vom 23. Oktober und persönliche stenographische Notizen aus den Besprechungen des Bundeskanzlers mit den Fraktionsvertretern in Paris vom 22. und 23. Oktober hervorgeholt. Sie sollten dem Kanzler mit letzter Klarheit zeigen, wie unmöglich der Versuch ist, jetzt leugnen zu wollen, dass der Kanzler am 23. unter den Druck eines politischen Ultimats unterschrieb. In meinen stenografischen Notizen über die Pariser Unterhaltung vom 22. Oktober und vom 23. Oktober ist festgehalten, dass der Kanzler von dem Ultimatum Mitteilung machte. In der Zeitung "Le Monde" vom 23. Oktober steht in Balkenüberschrift "Der Kabinettsrat billigt die Haltung von Mendès-France, die Pariser Verträge erst nach einer Regelung des Saarproblems unterzeichnen zu wollen."

In solcher Not eilte dem Kanzler ein Ministerialbeamter zu Hilfe

und schob ihm ein Zitat aus einem Artikel zu, den ich am 9. Oktober in der Stuttgarter Zeitung veröffentlicht habe. An drei weit auseinander liegenden Stellen dieses Artikels sind die Gedankengänge herausgepickt und ohne Hinweis auf Auslassungen aneinander gereiht worden, die geeignet sind, die politische Absicht des Autors ins Gegenteil zu verkehren. Hier nur ein Beispiel: Aus dem folgenden Zitat wurde von Adenauer die gesperrt gedruckte Stelle ohne Angabe der Auslassung weggelassen. "Wenn im Friedensvertrag von Frankreich die Anerkennung der Abtrennung von uns verlangt würde, dann könnte und sollte nach unserer Überzeugung die gesamtdeutsche Regierung sich auf das Selbstbestimmungsrecht berufen und die Entscheidung einer neuen Volksabstimmung mit Alternativfragen (Nicht wie im Natersplan mit einer Ja-Nein-Suggestivfrage) und allen demokratischen Garantien überlassen". Ich konnte solch unfaire Zitierungskünste nicht unwidersprochen hinnehmen und habe in der Freitag-Sitzung des Bundestages gegen sie Verwahrung eingelegt.

Und warum war der Bundeskanzler so getroffen, als ihm nachgewiesen wurde, dass er den Saarvertrag unter dem Druck eines Ultimatus unterschrieb? Weil damit die Auslegungslegende zusammenbricht, die Dr. Adenauer um das Saarabkommen gedichtet hat. Dr. Dekler hat in der Debatte treffend gesagt, "Mendès-France will, wenn er vor die Nationalversammlung tritt, sagen können: Ich habe gegenüber dem bisherigen Zustand (an der Saar) ein Plus". Die Auslegungslegende will uns glauben machen, dass Mendès-France die äußerste Pression, auf die der Kanzler mit Kofferpacken hätte reagieren müssen, nur deshalb anwandte, um mit einem Minus vor die Kammer zu treten, nämlich mit Vorkehrungen für die Rückgliederung des Saargebiets in zwei Etappen: der ersten in diesem Vertrag, der zweiten im Friedensvertrag. Es ist eine Zumutung an den Bundestag, die Legende glauben und weiter verbreiten zu sollen. Als Adenauer unterzeichnete, wußte er, dass dieser Text als ein Plus für Frankreich zu verstehen war. Was er aus seiner politischen Gesamtkonzeption heraus zu schwach war, abzulehnen, möchte er jetzt mit Auslegungskünsten, die an Qualität seinen Zitierungskünsten gleichwertig sind, wagtinterpretieren. Klarheit und Wahrheit wird hier nur durch die übrigens kaum noch zweifelhafte Verwertung dieses Abkommens herzustellen sein.

Mit "Ahr und Halm" ins Wahlgetümmel

Aus Niedersachsen wird uns geschrieben

Die Ereignisse in Niedersachsen überstürzen sich. Kaum sind die Initialen DNP mundgerecht gemacht worden, tauchen neue, um die Wähler vom April 1955 werbende Männer auf, diesmal hinter zwei Buchstaben getarnt: spricht ebenso schlicht wie "LP", und denke etwas ausführlicher "Landwirtpartei", auf niedersächsischem (Blut- und) Bauernboden gewachsen, mit einem ostpreussischen Renegaten verbrämt, als die erste bewußt standespolitische Partei dem Volk präsentiert. Hermann Stulle, aus knorrigem, niedersächsischen Bauerngeschlecht, mit zwei Höfen in Wallmoden, bis vor kurzem Vorsitzender des DP-Kreises Gandersheim und des DP-Bezirktes Braunschweig, Bauer Stulle also verkörpert das schollenverwurzelte Element als LP-Vorsitzender. Die zweite LP-Säule ist schollenentwurzelt, bringt aber alles mit, was zur Scholle drängt, auch wenn sie nur aus einem MdL-Sitz besteht: Ostpreusse Horst Büchler, über den BHE 1951 in den Landtag gekommen, 1952 aus dem BHE ausgetreten, weil er allzusehr mit der SRP liebäugelte, dann Niederdeutsche Union, dann Fraktion Mitte - ein Ahasver des Rechtsradikalismus mit ewig ungestillter politischer Schnuschnus. Die LP-Säule in Lüneburg: Hans Haarstrich, ehemals Kreisbauernführer mit ehemaligen Beziehungen zur SRP.

"Bauer und Arbeiter gehören zusammen", ist die keineswegs neue Losung im LP-Gewand, wobei dem Landerbeiter großzügig 2 DM Stundenlohn statt 1,08 wie jetzt zugestimmt werden, sofern man die Differenz auf die Butter aufschlagen darf. Dafür aber soll ja die LP sorgen. Als weise Parteiführer haben Stulle-Büchler auch schon privat getestet: von 200 befragten Landbewohnern warten 182 sehnsüchtig auf die LP; das ergibt 45 Mandate im Landtag. 100 Unterschriften pro Wahlkreis und 95 Kandidaten sind angesichts der Beziehungen Büchler-Haarstrich eine organisatorische Kleinigkeit; in vier Wochen werde man so weit sein, wird versichert.

Diese Stulle wird vor allem Heinrich Hellwege wenig schmecken, denn der knorrige Bauer aus Wallmoden will ihm seine schollenverwurzelte, die vor einem Jahr gegründete "Deutsch-Hannoversche Partei" \* die welfentreuen Bauern abnehmen. Gegen Hellweges SRP-Haarstrich wiederum sind die Rechtsstrategen Büchler-Haarstrich aufmarschiert; sie sollen seine Aspirationen auf die SRP-Stulle schmälern. Des Kanzlers gefügigster Paladin kann aber beruhigt sein: aussenpolitisch will die LP der Bundesregierung nicht in den Arm fallen. Stulle hat auch nichts gegen den Helm, aber er will in Hannover wie in Bonn einen (bodenständigen) Landwirtschaftsminister "mit Ahr und Halm", \* und

\* \* \*  
-----  
Verantwortlich: Peter Raunau